

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Die Polizei, die Polizei, die hat immer Recht

Man kann es auch anders sagen: Wer die Polizei zuerst ruft und dieser zuerst mitteilt, dass man im Recht sei, hat offenbar sehr gute Chancen, dies auch mit Hilfe der Staatsanwaltschaft vor Gericht durchzusetzen. So geschehen am 9. Juni 2009 in der ARGE Mitte.

Irgendjemand rief die Polizei in die ARGE. Der ARGE-Geschäftsführer war es nicht, die Standortleiterin Mitte war es auch nicht und auch die als Zeugen geladenen Polizisten, inkl. eines Einsatzleiters, vermochten heute nicht zu sagen, wer sie gerufen hatte. Aber offenbar glaubte man, es sei die ARGE gewesen, denn die Aufnahme einer Anzeige wegen „unterlassener Hilfeleistung“ oder aber auch nur die Anhörung der heute Angeklagten wurde damals von der Polizei verweigert. Diese ergriff sofort und bedingungslos Partei für – wie es vom Einsatzleiter heute wörtlich vorgetragen wurde – „Eine Frau, die das Hausrecht ausüben durfte.“ Durfte sie? „Doch, ich hatte die Frau vorher gefragt.“

Also, liebe 'Zahntag!'-Aktive: Das nächste Mal bitte noch vor der ARGE die Polizei anrufen und bereits am Telefon geltend machen, dass man ein berechtigtes Anliegen durchsetzen lassen möchte. In wie weit das Anliegen tatsächlich berechtigt ist, scheint die Polizei offenbar ohnehin nicht zu interessieren. Man muss nur schneller sein, als der vermeintliche Gegner!

Damals ging es um eine Betroffene, die dringend Geld für Insulin benötigte und auch der Staatsanwalt erkannte heute die Möglichkeit einer lebensbedrohlichen Situation an. Nichts desto trotz schien es ihm nicht von Belang, warum weder die Sachbearbeiterin, noch die Standortleiterin, noch die Polizisten vor Ort sich der Sache angemessen annahmen. Während des Plädoyers der Anklage verließen viele Zuschauer empört den Gerichtssaal, weil die naive Weltsicht des Staatsanwaltes in Sachen ARGE bzw. Hartz IV als äußerst zynisch gewertet werden kann. „Der Frau wurde geholfen.“, aber er weiß nicht und will nicht würdigen, dass dies nur möglich war, weil zahlreiche Beistände – nach zuvor erfolglosen Gesprächen – entsprechenden Druck aufbauten.

KEA-Leser wissen mehr

Die Standortleiterin wird vielleicht zwischenzeitlich wissen, was sie alles falsch gemacht hatte damals. Die Umstände des Verlaufs am besagten 9. Juni gab sie jedoch nur ungenau und teilweise unwahr wieder. Dass die Polizisten offenbar von solchen Einsätzen keine Protokolle anfertigen und sich dann ebenfalls nur noch lückenhaft und ohne Namensgedächtnis für entscheidungsbefugte Personen erinnern, grenzt an Dilettantismus.

Ermittelt, so scheint's, wurde offenbar auch nicht. Weder die Standortleiterin, noch der Staatsanwalt konnten die „Aktion“ richtig einordnen. Da war immer wieder von „den KEAs“ die Rede, von „Beiständen“ und von „Aktionstagen“, zu einem solchen am 9. Juni aufgerufen worden sei. Dem aber war nicht so und jeder, der wollte, hätte seit langem die Umstände und Hintergründe auf dieser Homepage recherchieren können.

In der Praxis verselbstständigen sich gewisse Strategien sowohl der solidarischen Beistände im Umgang mit der ARGE, als auch die der ARGE mit den Beiständen. Und dies geschieht gerade auf Ebene der Standortleiter nicht immer auf Konfrontationskurs. Die Standortleiterin freilich, ist damit noch nicht allzu erfahren.

Ein Prozess-Beobachter, der ebenfalls am 9. Juni vor Ort war, konnte nur noch mit dem Kopf schütteln: „Sicher ist es ähnlich abgelaufen, wie von der Standortleiterin und den Polizisten dargestellt, aber eben nur ähnlich. Die lebensbedrohliche Situation auf der einen Seite, die unterlassene Hilfeleistung auf der anderen und das unangemessene Verhalten der Polizei werden aber tunlichst ausgeblendet. Statt dessen unterstellt man uns eine konzerzierte Spaß-Aktion, was der realen Situation und der Zeugenaussage der betroffenen Frau total widerspricht. Wenn

man sieht, wie ARGE, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht hier Hand in Hand gehen, müssen wir konstatieren, in der Agenda 2010 angekommen zu sein. Basta!“

... lasst uns lieber Kämpfen gehen

So sparten sich denn auch die solidarischen Zuschauer die Urteilsbegründung des Richters, der mal eben noch ein paar Tagessätze höher ging, als vom Staatsanwalt gefordert und verließen unter Protest den Saal. Jemand sagte achselzuckend: "Wir sind die Verlierer. Das war uns doch vorher klar. Also lasst uns lieber gehen und lasst uns kämpfen!"

Dass der Gerichtssaal 33 im Amtsgericht Köln stets von ca. sieben Polizisten belagert war und zudem Einsatzkräfte einer Hundertschaft vor der Tür warteten, kann gar nicht besser ins Bild passen.

Das Positive zum Schluss

Ermutigend hingegen das engagierte Eingangsstatement der Angeklagten zu Beginn ihrer „Einlassungen“. Sie verstanden es sehr gut und überzeugend, solidarisch für alle Hartz IV-Betroffenen die „Anklage“ zu erheben und stellten stets die richtigen Fragen an die eigentlich zu Verklagenden, wie die Standortleiterin.

Das Verhalten der Standortleiterin damals (aber auch heute) und dessen rechtliche Würdigung waren sicher nicht das Ende einer Auseinandersetzung, sondern eher deren Beginn.

Vielen Dank für diese Courage!

Weitere Berichte: Indymedia, Die Linke.Köln, Kölner Stadt-Anzeiger, Neue Rheinische Zeitung, Arbeiterfotografie, Lokalberichte Köln. Diskussion: ELO-Forum, Tacheles-Forum. Alle Links unter <http://www.die-keas.org/node/345>. Der Artikel wurde zuerst unter www.die-keas.org veröffentlicht.

Ist die Standortleiterin der Kölner ARGE Mitte „asozial“?

Und wieder schlug eine ca. 20köpfige, solidarische Meute am 16. März 2010 an drei Kölner ARGE-Standorten zu. Diesmal verteilten sie an Mitarbeiter und wartende Erwerbslose eine Art Steckbrief. Darin werden schwere Vorwürfe gegen die Standortleiterin in Mitte (Luxemburger Str.) erhoben.

Dass das umstrittene Verhalten der Standortleiterin am 9. Juni 2009, die Polizeiaktion und der darauf folgende Prozess gegen zwei Beistände einer Hilfe bedürftigen Frau in der sozialen Bewegung in Köln nicht so schnell vergessen sind, war vorauszusehen. Vor allem das nachträgliche Auftreten der Beamtin vor Gericht, ließ die damals zahlreichen Prozessbeobachter und Zeugen des besagten Vorfalles arg schlucken.

Da gab's keinen Ausdruck des Bedauerns oder irgendeines Fehlverhalten, die Frau tat selbstbewusst so, als hätte sie schon immer alles richtig gemacht. Das heute verteilte Flugblatt, stellt dies anders dar.

In der ARGE Kalk (Bergischer Ring) ist die 'Meute' erst aufgefallen, als die Aktion bereits gelaufen, das Flugblatt auf allen vier ARGE-Etagen, in allen Büros und allen Wartebereichen verteilt war. Plötzlich, wie aus dem Nichts, sammelten sich im Ausgangsbereich jene 20 Mitstreiter, die sich zuvor offenbar einzeln und unauffällig an den Sicherheitskräften der ARGE vorbei schlichen.

Mitarbeiter hatten sich verängstigt eingeschlossen

In der ARGE und dem Bezirksrathaus Mülheim (Wiener Platz) bewiesen die Flugblätter gar, dass sie auch wirklich fliegen können, als sie unverhofft von einer Brüstung der vierten Etage bis ins Erdgeschoss regneten und einige Mitarbeiter schlossen sich verängstigt in ihren Büros ein.

Auch im ARGE-Standort Genoveva-Str. (U25) wurde fleißig verteilt.

Wir zitieren auszugsweise aus dem Flugblatt, in dem der Standortleiterin "unter-

lassene Hilfeleistung und die Gefährdung von Leben" vorgeworfen wird:

"Am 9. Juni 2009 hat Gabriele K. einer zuckerkranken Hartz-4-Empfängerin wesentlich die sozial-gesetzlich erforderliche Nothilfe verweigert und sie damit in eine lebensbedrohliche Situation gebracht.

Die Frau hatte ihr Portemonnaie verloren und bereits Tage zuvor bei der ARGE um Hilfe nachgesucht, da sie weder Essen noch Insulin kaufen konnte. Aufgrund eines Bearbeitungsfehlers der ARGE war sie außerdem ohne Krankenversicherung. Statt der erforderlichen Hilfe erhielt sie einen weiteren Termin für Tage später, zu dem sie einige Beistände der KEAs (Kölner Erwerbslose in Aktion) begleiteten.

Obwohl die Standortleiterin Gabriele K. mehrfach auf die Diabeteserkrankung und damit die Dringlichkeit der Situation hingewiesen wurde, bot sie der hilfesuchenden Frau nur einen Lebensmittelgutschein an. Die Betroffene beharrte jedoch auf eine Bargeldzahlung, um das dringend benötigte Insulin kaufen zu können, das ihr durch den Fehler seitens der ARGE nicht von der Krankenkasse zur Verfügung gestellt wurde. ... Aufgrund der durch K. verweigerten Nothilfe versammelten sich ca. 15 Beistände im Büro der Standortleiterin, um die Hartz-4-Kollegin in ihrem Anliegen zu unterstützen. Statt zu helfen, ließ Gabriele K. die Polizei rufen und die Beistände gewaltsam aus der ARGE schmeißen. Außerdem veranlasste sie eine strafrechtliche Verfolgung der BegleiterInnen sowie die Verhängung von Hausverboten.

Gabriele K. ist eine von denen, die die Achseln zucken, wenn ihnen, wie im Fall der zuckerkranken Frau, zurecht unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen wird. Sogar als Zeugin im Prozess gegen die Beistände bestreitet sie, von der Erkrankung der Hartz-4-Empfängerin gewusst zu haben, obwohl sie nachweislich per Computer über den Erhalt eines diesbezüglichen Mehrbedarfs informiert war und im Gespräch mehrfach

darauf hingewiesen wurde. ...

Seit Hartz-4 können sich ARGE MitarbeiterInnen uneingeschränkt als Despoten über Hartz-4-EmpfängerInnen aufspielen. Erweiterte Ermessensspielräume, Sanktions- und Kontrollgewalt bieten den MitarbeiterInnen viele Möglichkeiten, arbeitslosen Menschen das Leben schwer zu machen. Es bleibt aber ihre persönliche Verantwortung, welche Entscheidungen sie konkret treffen.

Auch wenn jede/r MitarbeiterIn der ARGE verdammt viel Macht über Hartz-4-EmpfängerInnen besitzt, so verhält er/sie sich andererseits in der Regel ohnmächtig, wenn es darum geht, für sich selbst bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Laut einer Umfrage von ver.di findet die Mehrheit der Kölner ARGE MitarbeiterInnen ihre Arbeit und das Betriebsklima so beschissen, dass 75 % meinen, sich im Kollegenkreis zusammenschließen zu müssen, um sie zu verbessern. Auch wir sind für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von ARGE-MitarbeiterInnen, meinen aber, dass dies ohne die Verbesserung der Lebensbedingungen von Arbeitslosen unmöglich ist.

Wer Hartz-4-EmpfängerInnen Bargeldzahlungen verweigert, sanktioniert und auf 251 Euro im Monat kürzt, wer Menschen mittels Zwangsumzug von ihren Nachbarn und Freunden trennt, wer ihr Privatleben und die Persönlichkeit auschnüffelt und bewerten läßt, der demütigt und entwürdigt Menschen. Er/sie bringt andere in Not und in lebensbedrohliche Situationen. Wer so handelt, muss sich nicht wundern, wie Gabriele K., als asozial geoutet zu werden."

Das Flugblatt liegt der Redaktion vor und ist von einer Privatperson unterzeichnet. Einer entsprechenden Stellungnahme der Standortleiterin Mitte der ARGE Köln sähen wir mit Spannung entgegen.

Der Artikel wurde zuerst unter www.die-keas.org veröffentlicht.

Herausgeber:

Die KEAs
Kölner Erwerbslose in Aktion e.V.

Redaktion:

Kölner Erwerbslosen Anzeiger,
Jochen Lubig (V.i.S.d.P.)
Steprathstr. 11, 51103 Köln.
redaktion@die-keas.org
www.die-keas.org